



Presse-Information

Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Laurenzplatz 4, 50667 Köln
E-Mail: presseamt@stadt-koeln.de
Telefax +49 (0) 221 / 221-26486
Redaktionsbüro +49 (0) 221 / 221-26456

Gregor Timmer (gt) 221-26487 Pressesprecher
Inge Schürmann (is) 221-26489 stv. Pressesprecherin
Lars Hering (lh) 221-22144
Jürgen Müllenberg (jm) 221-26488
Nicole Trum (nit) 221-26785
Simone Winkelhog (sw) 221-25942
Sabine Wotzlaw (wot) 221-25399

07.03.2017 - 290

Unterkunft an der Dürener Straße In Lindenthal entstehen 60 Plätze für Geflüchtete

Oberbürgermeisterin Henriette Reker hat entschieden, dass die geplante Flüchtlingsunterkunft an der Dürener Straße in Köln-Lindenthal unter der Ausnutzung aller baulichen Möglichkeiten, die das Grundstück bietet, nicht nur 22, sondern wie zu Beginn der Planungen vorgesehen, 60 geflüchtete Menschen eine Unterkunft finden sollen.

Nach Abwägung aller rechtlichen Belange hat die Oberbürgermeisterin entschieden, dass das öffentliche Interesse daran, geflüchteten Menschen eine gute Unterbringung zu ermöglichen, die Unterkunft notwendig macht. „Ich habe mich immer dafür eingesetzt, an diesem Standort 60 Menschen vorübergehend unterbringen zu können. Denkmalpflegerische Belange sind bei allen öffentlichen Maßnahmen selbstverständlich angemessen zu berücksichtigen. Im konkreten Fall hat jedoch die zeitlich befristete Unterbringung geflüchteter Menschen Vorrang. Es handelt sich um eine vorübergehende Nutzung, die an diesem Standort, wie in vielen anderen Kölner Stadtteilen auch in Kauf genommen werden muss. Auch in Lindenthal wollen viele Menschen die Geflüchteten unterstützen“, betont die Oberbürgermeisterin.

Die Verwaltung hatte an diesem Standort ursprünglich mit rund 60 Plätzen geplant, dann aber aufgrund denkmalpflegerischer Bedenken zunächst eine Beschränkung auf 22 Plätze in Erwägung gezogen. Die dazu von der Stadt Köln veröffentlichte Mitteilung (Vorlagen-Nummer 3982/2016) enthielt noch den Hinweis, dass an diesem Standort – wie den übrigen im oben genannten Ratsbeschluss benannten Flächen – bis zu 150 Plätze geplant werden könnten. Dies ist zu korrigieren.

Nach der Entscheidung von Oberbürgermeisterin Reker soll es auch bei der ursprünglichen Planungszahl mit 60 Plätzen bleiben. Die Verwaltung prüft, inwieweit vor Ort Gemeinschaftsräume zur Betreuung und Begegnung eingerichtet werden können.

-wot-